

"Der Niedergang der Sowjetunion hat uns nicht geschadet"

- Indiens Kommunisten halten das Banner hoch -

von Frank Braßel



Keine Einbuße für Indiens Kommunisten (Foto: India Today)

Während die Zahl der sozialistischen Länder sich rasant dezimiert und Europas KPs in Auflösung oder sozialdemokratischer Umwandlung begriffen sind, halten die Kommunisten in einem Land der Welt das rote Banner hoch, wo viele es am wenigsten erwartet hätten: in Indien. Auf dem Subkontinent mag aus dem Gorbatschowschen Desaster gar ein Aufschwung für die kommunistische Sache werden. Eine in antikolonialen Traditionen verwurzelte, vielfältige linke Bewegung widerspricht zumindest den Unkenrufen um das Ende der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt.

"Die Geschichte hat bestimmt, daß Indien unter den Ländern sein soll, in dem sich das Zentrum des Sturms derzeit aufbaut. Die anderen Länder sind China, Kuba, Vietnam und Korea. Die Geschichte verlangt von uns, daß wir in der vordersten Front stehen und die Verantwortung dafür übernehmen müssen, in welche Richtung der Sturm sich aufmacht." Der Gewerkschaftsveteran Niren Ghosh, der den revolutionären Sturm der ausgebeuteten Völker der Dritten

Welt beschwört, ist keineswegs ein Ewiggestriger in seiner Partei, sondern steht repräsentativ für die Überzeugung der 'Communist Party of India (Marxist)' (CPM). Und diese Partei ist keine Sekte, sie macht vielmehr mit ihren Frontorganisationen und deren mehr als 25 Millionen Mitgliedern die stärkste kommunistische Kraft außerhalb der Volksrepublik China aus. Zudem trifft die weltrevolutionäre Verantwortung durchaus die Stimmung innerhalb der

gesamten indischen Linken, die im internationalen Vergleich vermutlich am wenigsten von dem Niedergang der sozialistischen Staaten betroffen wurde.

"Die kommunistische Idee ist in Indien keineswegs tot", meint Biplab Halim aus Kalkutta, der nach Jahren in der maoistischen Naxaliten-Guerilla (siehe auch Beitrag 'Naxaliten' in dieser Ausgabe) und Knast heute am Aufbau einer militanten Bauernorganisation mitarbeitet. "Zunächst einmal ist die soziale Realität

für die Bevölkerungsmehrheit in Indien nun mal so, daß die Menschen nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. Außerdem existiert in unserem Land seit dem Unabhängigkeitskampf eine starke anti-amerikanische Grundstimmung. Da mit dem Zerfall der Sowjetunion die Vereinigten Staaten gestärkt wurden, können wir darüber kaum Freude verspüren. Die Strafaktion gegen den Irak hat der Dritten Welt ja deutlich gezeigt wie die 'neue Ordnung' aussehen wird. Die indische Linke muß sich zusammenschließen, sonst werden wir an den Imperialismus verkauft, was sich derzeit mit der von der Weltbank diktierten Wirtschaftspolitik schon abzeichnet."

Nationalistische Linke

Die antikonoloniale, nationalistische Orientierung ist für Indiens KommunistInnen seit langem wichtiger als die Beziehungen zu Moskau oder Beijing - auch wenn die 'Communist Party of India' (CPI) 1920 im sowjetischen Taschkent gegründet wurde und in den Anfangsjahren aus nicht viel mehr als einigen Aktivistinnen in den Büros der kommunistischen Internationale bestand. Ihre eigentliche Wurzel ist aber die nationalistische Linke der indischen Unabhängigkeitsbewegung. So haben viele Führer der heutigen KPs ihre Karriere im 'Congress' unter Gandhi und Nehru begonnen und sich, als nach der Unabhängigkeitserklärung 1947 soziale Fragen gegenüber nationalen dominant wurden, in der Partei gefunden. Und es war die CPI, die 1957 im südindischen Bundesstaat Kerala zum weltweit ersten Mal in einem parlamentarischen System die Mehrheit erlangte.

N.E. Balaram war damals Parteisekretär in Kerala und ist heute Sprecher der CPI im indischen Oberhaus. "Wir haben 1958 unser Programm umgeschrieben und auf die vielfältigen Möglichkeiten des Übergangs zum Sozialismus hingewiesen. Es muß nicht die bewaffnete Revolution sein, sondern in einem parlamentarischen System wie in Indien hat der legale Weg Priorität. Wir werden dieses Programm nun wieder veröffentlichen, um zu zeigen, daß wir schon lange vor Gorbatschow eigene Wege gegangen sind." Dieser bald überwiegend parlamentarische und legalistische Weg der CPI hat zu ihrer Spaltung 1964 weitaus mehr beigetragen als das weltkommunistische Schisma. Zwar pflegte die neue Gruppierung, die CPM, stets bessere Kontakte zu den chinesischen als den sowjetischen Genossen, "maoistisch" war sie aber nie.

Abspaltungen

Den für Asien typischen Weg von

Maos Konzept des langwierigen Volkskrieges versuchten Ende der 60-er Jahre die "Naxaliten", die ML-Abspaltung von der CPM. Sie benannten sich nach dem bengalischen Ort Naxalbari, in dem radikale Kämpfer mit ihrer Politik der "Annihilation der Klassenfeinde" einen deutlichen Akzent gegen die parlamentarische Politik von CPI und CPM setzten. "Die Leute waren damals noch nicht so weit für unsere Politik. Wir wollten die Revolution, hatten aber vergessen, daß man dafür die Massen zunächst erziehen und organisieren muß," faßt Biplab Halim seine Erfahrungen zusammen. Der voluntaristische Ansatz der Naxaliten, eine massive staatliche Repressionswelle und interne Streitigkeiten ließen die ML-Kader fast von der politischen Bildfläche Indiens verschwinden. In der letzten Zeit mehrten sich die Aktivitäten der Naxaliten jedoch wieder. Die CPI/ML und ihr bewaffneter Arm, die 'People's War Group' (Volkskrieg), haben sich in die südindischen Dschungel- und Bergregionen zurückgezogen. Als sie im Dezember 1991 in ihrer Hochburg Andhra Pradesh mit T. Hayagrivachari einen bekannten Politiker der Kongreßpartei und langjährigen Freund des indischen Premiers Rao in seiner Residenz ermordeten, waren die Naxaliten plötzlich wieder in aller Munde. Die indische Öffentlichkeit mußte zur Kenntnis nehmen, daß die perspektivlose Situation der verarmten indischen Landbevölkerung weiterhin Stoff für bewaffnete kommunistische Gruppen bietet. Ganze Bezirke im Bundesstaat Andhra Pradesh sind zu Kampfzonen geworden, in die sich der Staat nur in Gestalt seiner bewaffneten Organe hineinwagt. Eine gesamtgesellschaftliche Perspektive bietet die CPI/ML dennoch nicht. Zu hochgerüstet ist der indische Staat, zu stark ist seine Bevölkerung noch in feudalistischen Denkstrukturen verhaftet, als daß ein klassischer Guerillakrieg Aussicht auf Erfolg bieten würde (auch das ökologische Desaster auf dem Subkontinent, das den Wald auf nur 10 Prozent der Landfläche reduziert hat, bietet ein schlechtes Terrain für Guerillaformationen). Zu willkürlich sind zudem die Überfälle und Anschläge der 'People's War Group', zu stark fraktioniert ist die CPI/ML, als daß ihre Ausstrahlungskraft auf größere Bevölkerungsschichten zu erwarten wäre.

West-Bengalen und die CPM

Zwischen diesen beiden Polen einer "revisionistischen" CPI und einer "linkssektiererischen" CPI/ML hat sich mit der CPM die erfolgreichste Kraft des kommunistischen Lagers in Indien entwickelt. Sie ist viertstärkste Partei im Zentralparlament von Neu Delhi, hat

starken Einfluß unter den Industrie- und Landarbeitern und stellt seit 1977 die Regierung in dem ostindischen Bundesstaat West-Bengalen. Dessen Hauptstadt Kalkutta dürfte einer der letzten Orte dieser Welt sein, wo Stalin- und Leninstatuen ohne Aufsehen das Stadtbild mitbestimmen. Bereits zum vierten Mal ist die CPM hier zur stärksten Partei einer Regierung der Linken Front gewählt worden. West-Bengalen ist traditionell die Hochburg der indischen Linken. Selbst Mahatama Gandhi war hier immer weniger populär als sein militanter bengalischer Gegenspieler Subhas Chandra Bose. In den 60-er Jahren bestimmten die linken Gruppierungen zunehmend das politische Leben in Kalkutta und konnten nur durch ein Terrorregime der Kongreßpartei mit Tausenden von Toten und Zehntausenden von politischen Gefangenen von der Macht ferngehalten werden. Als 1977 das Notstandsregime Indira Gandhis beendet wurde, gelangte die CPM in West-Bengalen an die Regierung.

Daß die Kommunisten seitdem ihre Position in dem Bundesstaat mit einer Bevölkerung von 70 Millionen weiter gefestigt haben, liegt in erster Linie an ihrer klugen Politik auf dem Lande, wo nach wie vor drei Viertel der 850 Millionen InderInnen leben. Und es ist ein Leben in Armut und Elend, in Unterdrückung und Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte, das dem geflügelten Wort von "der größten Demokratie der Welt" mehr als Hohn spricht. Die große Mehrheit der Landbevölkerung ist landlos, die Tagelöhne belaufen sich auf umgerechnet 1,50 DM, wovon man sich auch in Indien gerade drei Kilo Reis leisten kann, Arbeit gibt es durchschnittlich nur an jedem zweiten Tag. Wer sich für Verbesserungen seiner sozialen Situation einsetzt und sich dabei nur der existierenden Gesetzgebung bedienen will, muß mit einem Besuch der Schlägertrupps der Feudalherren oder der von ihnen ausgehaltenen Staatsorgane rechnen.

Landreform

Die CPM trieb in West-Bengalen zunächst die in allen Bundesstaaten nur auf dem Papier existierende Landreformgesetzgebung voran, d.h. verteilte größere Ländereien an die Landlosen. Mindestens so wichtig war die "Operation Barga", mit der den Landpächtern offizielle Verträge, bessere Pachtbedingungen und damit langfristige Sicherheit gegeben wurde. Mehr als 1,5 Millionen Familien haben davon profitiert. Für viele macht die Frage, ob man beispielsweise nur ein Viertel oder aber die Hälfte und mehr seiner Ernte als Pacht abgeben muß den existentiellen



Die CP-Veteranen, der Ministerpräsident Westbengalens, Jyoti Basu, und Harkishan Singh Surjeet auf dem Parteitag 1992 in Madras. (Foto: Frontline)

Unterschied zwischen einem leeren und einem vollen Bauch aus. "Operation Barga" war nur möglich, da sich die CPM am Ende der 70-er Jahre auf ihre Kader verlassen konnte. Es gab harte Kämpfe in den Dörfern West-Bengalens, in denen die Pächter und Kleinbauern unter Führung der CPM-Organisationen den Großgrundbesitzern gegenüber standen. Diese konnten sich dank der linken Regierung nicht wie üblich der Staatsmaschinerie zur Zerschlagung dieser Bewegung bedienen", erläutert Biplab Halim, meist ein strenger Kritiker der CPM, die Agrarpolitik der Links-Regierung in Kalkutta.

Doch schon nach wenigen Jahren war ein Abflachen dieses dynamischen Prozesses zu beobachten. Die CPM arrangierte sich zunehmend mit den Verhältnissen. Zum einen spielte da die Sorge vor dem starken Arm Delhis eine Rolle, denn die indische Zentralregierung kann - ein Überbleibsel des britischen Kolonialregimes - mißliebige Länderregierung

absetzen. Nehru hatte dies nach dem ersten kommunistischen Erfolg in Kerala getan. Auch haben es viele reichere Landbesitzer in West-Bengalen vermocht, die CPM zu "unterwandern" und damit gerade ihre Politik in den Dörfern zu mildern. Biman Bose, einer der führenden Parteifunktionäre in Kalkutta, gibt dieses Problem zögerlich zu. "Wir haben in letzter Zeit aber bereits mehr als 4.000 dieser Elemente aus der Partei ausgeschlossen."

Damit allein wird es kaum getan sein, die CPM wieder auf einen radikaleren Weg zurückzubringen, der angesichts der enormen Probleme auf dem Subkontinent notwendig erscheint. Im - hinkenden - europäischen Vergleich könnte man von der "Sozialdemokratisierung" der Partei sprechen. Sie sieht sich zunehmend als staaterhaltende Kraft. Deutlich wird das bei den beiden größten Herausforderungen, die Indien derzeit ins Haus stehen: die "Einheit der Nation" und die Wirt-

schaftskrise. Die CPM sieht (wie die CPI) mit den Aufständen und zunehmend auf Sezession ausgerichteten Bewegungen von religiösen bzw. ethnischen Minderheiten in den Randstaaten des Nordwestens (Kaschmir, Punjab) und des Nordostens (Assam, Nagaland) den Grundbestand der Indischen Union gefährdet. Das ist ohne Zweifel richtig. Nur: was ist so schlimm daran? Die dortigen Bevölkerungsgruppen sind so lange von der in Neu Delhi herrschenden Hindu-Elite der Kongresspartei unterdrückt und ausgebeutet worden, daß ihnen eine Trennung vom indischen Staat, der in seiner jetzigen Form erst von den britischen Kolonialherren geschaffen worden ist, kaum verübelt werden kann - bei allen völkischen, fundamentalistischen Tendenzen, die dabei zunehmend Raum gewinnen.

Vermächtnis Nehrus

Nicht nur die geographische Gestalt

Indiens ist das Vermächtnis Nehrus, auch das spezifische indische System der gemischten Wirtschaft, in der seit Anfang der 50-er Jahre vornehmlich im Grundlagenbereich und der Infrastruktur ein starker staatlicher Sektor unter Hilfe von Fünfjahresplänen errichtet wurde. Der Witz dabei ist, daß diese Politik auf den langfristigen Strategien einer einheimischen Bourgeoisie fußt, die immer eng mit der Kongreßpartei zusammengearbeitet hat. Sie war das, was man eine nationalistische Bourgeoisie nennen kann, wollte sich nicht vom internationalen Kapital übernehmen lassen, verfügte andererseits nicht über die Mittel, die Grundlagen für eine eigenständige privatkapitalistische Entwicklung Indiens aufzubauen. Da blieb nur der Staat, der ja fest in der Hand der Kongreßpartei war, deren Finanzminister wiederum jeden neuen Haushaltsentwurf zunächst der Industrie- und Handelskammer vorträgt, ehe er im Parlament behandelt wird. Unter diesen Bedingungen hatten Indiens Großindustrielle auch nichts dagegen, daß Nehru ihre Wirtschaftspläne für die seinen ausgab und sie - zur Beruhigung der Massen - mit dem Etikett "sozialistisch" ausstattete. Bei Indiens traditionellen Kommunisten hat der Trick Wirkung gezeigt - und tut es bis heute, da die gestärkte Bourgeoisie die Staatsintervention loswerden will.

Privatisierungspolitik

Die CPM verteidigt vehement ihre "gemischte Wirtschaft" und deren staatliche Betriebe, obwohl diese vielfach zu einem von Bürokraten beherrschten Selbstbedienungsladen geworden sind und rote Zahlen schreiben. Im Zuge der von der Weltbank diktierten "neuen Wirtschaftspolitik" - Indien ist mit etwa 100 Milliarden Mark das am höchsten verschuldetste Land Asiens - steht die Privatisierung der Staatsbetriebe ganz oben auf der Prioritätenliste. Das würde bis zu 10 Millionen Arbeitsplätze fordern, schätzen Experten. Indiens linke Gewerkschaften riefen dagegen Ende November 1991 zum Generalstreik auf. "Die überraschend große Beteiligung am Streik hat gezeigt, daß die Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze fürchten. Doch die traditionellen Gewerkschaften können keine konkreten Alternativen präsentieren", meint Damodaran Thankappan, Leiter des Zentrums für Arbeitermanagement in Neu Delhi. "Ich bin auch gegen die Privatisierungspolitik der Regierung, aber die Staatsbetriebe haben zur Demokratisierung unserer Gesellschaft nichts beigetragen, sondern eine neue feudale Struktur geschaffen." Seine Alternative: anstatt die Arbeiter defizitärer Staatsbetriebe mit Entschädigungen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, sollte

ihnen das Geld für die Bildung von Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Betriebe in eigener Regie weiterführen können. Thankappan, der sich als "unabhängiger Marxist" versteht, hat dies als Betriebsratsvorsitzender im Röhrenwerk Kamani in Bombay vorexerziert. Doch die großen Gewerkschaften, allen voran die CPM-Gewerkschaft CITU, verlangen von der indischen Regierung, daß sie die existierenden Staatsbetriebe effizienter führt. Weder haben sie in einem Land mit etwa 100 Millionen Arbeitslosen und geringem Organisationsgrad die Macht dazu, noch weiß CITU-Generalsekretär Dr. Pandhe zu recht der Korruption gezielte Kongreß-Staat dazu willens sein sollte.

Mit neuen Bewegungen, wie etwa den Kamani-Genossenschaftlern, tut die CPM sich schwer - solange sie bei solchen Bewegungen nicht politisch dominant ist. Das gilt auch für die zahllosen unabhängigen Landarbeitergewerkschaften, Frauengruppen oder einer sich dynamisch entwickelnden Umweltbewegung, die weit stärker als in Europa soziale und ökologische Fragen als Einheit thematisiert. Da viele dieser Nichtregierungs-Organisationen finanzielle Unterstützung aus dem Ausland angenommen haben, fiel der CPM lange Zeit nichts anderes ein, als sie als einen "neuen Faktor der imperialistischen Strategie" abzuqualifizieren. Das Zusammengehen der alten und neuen sozialen Bewegungen ist - für beide Seiten - in Indien so problembeladen wie in Europa. Jüngere kommunistische Organisationen tun sich da leichter als die CPM. Die 'Indian People's Front' (IPF), eine den politischen Kampf vor die Guerilla-Taktik setzende Naxaliten-Richtung und politische Frontorganisation der 'CPI/ML Liberation', versucht in Theorie und Praxis, beim Aufbau einer militanten Organisation der Landarmut "grüne", soziale und Kasten-Themen miteinander zu verbinden. Der IPF ist dabei ein erster Einbruch in die politisch von skrupellosen Feudalherren dominierte Szene des nordindischen Bundesstaat Bihar gelungen, wo die CPM nie Fuß fassen konnte (siehe Interview).

Parteitag 1992

Sitaram Yechuri gibt eine schematische und antiquierte Herangehensweise seiner Partei an neue Wählergruppen zu. Mit der Wahl des knapp 40-jährigen ins Politbüro der CPM wurde auf dem Parteitag im Januar 1992 nicht nur ein Generationswechsel eingeleitet. Die Delegierten haben auch auf eine kritischere Haltung gegenüber der Kongreßpartei gedrängt und dies durchgesetzt. Die CPM-Führung hatte bislang aus Angst

vor einem bei etwaigen Neuwahlen weiteren Anwachsen der "Hindufundamentalisten" Premier Rao indirekt mitgetragen. Die Basis will das nicht mehr, sondern drängt auf stärkere Opposition und eigenständige Initiativen, insbesondere wieder eine stärkere Mobilisierung im ländlichen Bereich. Das waren denn auch die zentralen Diskussionspunkte auf dem Parteitag im südindischen Madras, nicht etwa die Auseinandersetzung um den Zerfall des sozialistischen Lagers. Die CPM hatte bereits 1988 eine der tiefgehendsten Kritiken der Gorbatschowschen Politik geleistet und sein Konzept einer zunehmend interdependenten Welt als Verwischung der existierenden Widersprüche und Ausverkauf der Interessen der Dritten Welt verurteilt. Quasi als Gegenpol hierzu hält die CPM bis heute an einem unkritischen Stalinbild fest, dem zwar "Personenkult" vorgeworfen, aber der Aufbau des Sozialismus zugute gehalten wird.

"Der Niedergang der Sowjetunion hat unserer Partei kaum geschadet. Es hat keine Austritte oder Abspaltungen gegeben", stellt Sitaram Yechuri zutreffend fest. "Natürlich hat sich die antikommunistische Propaganda in den Medien verschärft. Auf der anderen Seite gab es daraufhin einen stärkeren Zusammenhalt innerhalb der Partei, aber auch unter sämtlichen linken Kräften in Indien." Und in der Tat kommt es zunehmend zu gemeinsamen Aktionen - wie dem Generalstreik - und zu Kandidatenabsprachen bei Wahlen selbst von CPI und CPM mit den ML-Gruppen. Damit soll nicht der Eindruck erweckt werden, Indien stünde vor einem "revolutionären Sturm". Doch mit dem Ende der 40-jährigen Wahldynastie der Nehru-Gandhi-Familie und dem Bedeutungsverlust der Kongreßpartei sowie einer faschistoiden Alternative der "Hindufundamentalisten" auf der einen Seite, der zunehmenden religiös und ethnisch ausgerichteten Polarisierung der Gesellschaft und der eklatanten Wirtschaftskrise auf der anderen Seite ist sozusagen die postkoloniale Periode Indiens zu Ende. Eine Neuformierung der politischen Kräfte ist unabdingbar. In dieser Situation bestünde auch die Möglichkeit für die Linke, eigene Alternativen gemeinsam zu entwickeln, anstatt weiterhin das "kleinere Übel" in Gestalt der Kongreßpartei zu stützen. Die Frage bleibt, ob gerade die CPM den Schulterschuß mit den neuen Bewegungen will, und sich von überkommenen Dogmen der Nehru-Ära trennen kann. Ihr Potential ist nicht gering zu schätzen. Trotz aller "Sozialdemokratisierungstendenzen" hat etwa der kommunistische Ministerpräsident von West-Bengalen den letzten Generalstreik unterstützt. Das kann man sich bei Johannes Rau nicht unbedingt vorstellen.